

Haslacher Steinbruch: Landratsamt genehmigt zusätzlichen Abbau

„Sehr ernst genommen“

Herrenberg (gb) – Das Böblinger Landratsamt erließ am gestrigen Mittwoch die immissionschutzrechtliche Genehmigung für die 5,5 Hektar große Erweiterung des „Steinbruchs Plapphalde“ der Firma Böttinger. Am Abend zuvor hatte der Herrenberger Gemeinderat dem „Dreiecksvertrag“ mit dem Betreiber und dem Landratsamt zugestimmt (der „Gäubote“ beachtet).

Wie das Landratsamt gestern mitteilte, werde den zahlreichen Einwendungen Rechnung getragen – die 21-seitige Genehmigung umfasse zahlreiche Auflagen und Nebenbestimmungen, die gewährleisten, dass schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft durch die Erweiterung nicht entstünden. „Wir haben die Befürchtungen und Einwendungen der Herrenberger Bürger sehr ernst genommen und alle Aspekte im Verfahren gemeinsam mit anderen betroffenen Behörden ausgiebig geprüft“, so Umweltdezernent Wolf Eisenmann.

Im Vorfeld der Genehmigung waren zahlreiche Einwendungen erhoben worden, die bei einem Erörterungstermin im Landratsamt behandelt wurden. Es ging dabei insbesondere um Sprengerschütterungen und Belästigung durch Lärm und Staub, aber auch um die Verkehrsproblematik, das Grundwasser und die Rekultivierung des Steinbruchs. Der Forderung nach einer Messstation wegen befürchteter Sprengerschütterungen und -schäden werde beispielsweise nachgegangen – künftig werden sogar zwei dauerhafte Messstationen an repräsentativen Gebäuden in den nächst gelegenen Wohngebieten in Haslach und in Herrenberg die Sprengerschütterungen beim Abbaubetrieb überwachen und dokumentieren. Eine Geräuschmissionsprognose komme zum Ergebnis, dass die geltenden Immissionswerte auch nach der Erweiterung des Steinbruchs sicher eingehalten werden.

Zur Grundwasserüberwachung werden in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt des Landratsamts Böblingen

drei Mess-Stellen eingerichtet. Ungefähr 25 Prozent der beantragten Fläche im hinteren westlichen Bereich dürfen nur dann abgebaut werden, wenn die Ergebnisse von Proben in den nächsten Jahren belegen, dass Gefahren für das Grundwasser dort ebenso sicher ausgeschlossen werden können, wie dies im gesamten vorderen östlichen Bereich bereits heute der Fall ist.

Parallel zum Abbau läuft im Steinbruchbetrieb jeweils auch die Wiederauffüllung und damit die Rekultivierung. Im Zusammenhang damit birgt die jetzt genehmigte Erweiterung des Steinbruchgeländes laut Kreisbehörde noch eine kleine Besonderheit.

Auffüllung finanziell garantiert

Seitens der Firma Böttinger werden vertraglich gesicherte Rückstellungen gebildet, um damit die spätere Auffüllung auch monetär zu garantieren. Damit sind auch für den Fall, dass sich die Verfüllung einmal nicht mehr über den bisherigen Auffüllungsbetrieb finanzieren lassen sollte, Gelder da, um Auffüllungsmaterial gegen Entgelt zu erwerben und so die Rekultivierung sicherstellen zu können. Denn längerfristig gesehen soll die Steinbruchfläche nach der vollständigen Rekultivierung wieder landwirtschaftlichen Zwecken zur Verfügung stehen.

Derzeit habe aber die hochwertige Qualität des dortigen Kalkgesteins noch eine hohe Bedeutung für die Rohstoffversorgung, so das Landratsamt. Die Erweiterungsfläche von 5,5 ha liege zu zwei Dritteln in einem im Regionalplan ausgewiesenen „Schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ und zu einem Drittel in einem Bereich zur Sicherung von Rohstoffvorkommen.

Damit soll hier die Rohstoffgewinnung gesichert werden. Sie habe Vorrang vor anderen Nutzungen. Das Vorhaben stehe damit im Einklang mit den Zielen der Regional- und Landesplanung, heißt es in einer Pressemitteilung des Böblinger Landratsamtes.

Der vollständige Bescheid liegt bis zum 24. April während der Dienststunden im Bau- und Umweltschutzamt des Landratsamts Böblingen, im Bauverwaltungsamt der Stadt Herrenberg am Marktplatz sowie im Bezirksamt Haslach aus.

„Schule als Staat“ am SGH: Parlamentarier tagen zum zweiten Mal

Staatsrat wählt nicht

Herrenberg – Auf ihrer zweiten Sitzung debattierten die Parlamentarier „Schickagos“ über einen Antrag der Fraktionen von WIR und NWA, dass beide parlamentarischen Kammern des Herrenberger „Schule-als-Staat“-Projektes den Staatsrat wählen dürfen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von FFF, PDP und Teilen des Staatsrates allerdings mehrheitlich abgelehnt.

VON TIM WOHLBOLD

Hintergrund des Antrages der beiden Fraktionen war, dass es auf der ersten Sitzung des Parlamentes vor wenigen Wochen Unklarheiten über die Regierungschef-Wahl gab. Das Zwei-Kammern-System Schickagos sieht vor, dass es einen über Parteilisten zusammengesetzten Staatstag (dem Deutschen Bundestag entsprechend) und einen personenbezogenen Staatsrat gibt. Der Wahlsieger, die Frauenpartei FFF, hat mit ihrem kleinen Koalitionspartner, der Unterstufenpartei PDP, die absolute Mehrheit der Sitze im Staatstag und somit nach den Plänen der Organisatoren (AK) die notwendige Mehrheit zur Regierungsbildung.

Die Wahlverlierer der WIR- und NWA-Fraktionen versuchten nun die von den

AK-Mitgliedern ausgearbeitete Verfassung dahingehend zu ändern, dass auch der Staatsrat an der Wahl der Regierung beteiligt wird. Mehrere Staatsratsmitglieder, unter ihnen auch Politiklehrer Helmut Mrotzik, machten den Plänen allerdings einen Strich durch die Rechnung und bauten zum Wohle der Regierbarkeit ihres Staates die eigene Machtkompetenz nicht aus. „Wir müssen uns über die Folgen einer solchen Entscheidung im Klaren sein“, betonte Lehrer Mrotzik vor der Abstimmung. Sein Kollege Richard Mohr, der die Versammlung als Zuschauer und Organisationshelfer verfolgte, unterstrich ebenfalls, wie wichtig eine klare Kompetenzverteilung ist.

Verfassungs-Änderungen

Neben der Wahl von Elena Eipper zur Schriftführerin des Parlamentes gab es dennoch ein paar Änderungen an der Verfassung. So wurde den Parlamentariern die Möglichkeit an die Hand gegeben, dem Regierungschef mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit das Misstrauen auszusprechen. Der Vorschlag der designierten Regierungschefin und FFF-Vorsitzenden Carolin Frankenhäuser, auch Nicht-Parlamentarier als Minister zuzulassen, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die endgültige Beschlussfassung über den Verfassungsentwurf wurde nach drei Stunden teils heftiger Debatten auf den kommenden Montag vertagt.

Klinikverbund Südwest: Gehälter für Ärzte steigen

2,8 Millionen Euro mehr

Herrenberg – Die Lohnsteigerung, die der Marburger Bund und die Arbeitgeber jetzt für Ärzte an kommunalen Kliniken ausgehandelt haben, bekommt der Klinikverbund Südwest deutlich zu spüren: Insgesamt werden dadurch in den kommenden zwei Jahren zusätzliche Kosten von 2,8 Millionen Euro fällig.

VON ESTHER ELBERS

Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände haben sich darauf geeinigt, dass Ärzte an kommunalen Krankenhäusern in den nächsten zwei Jahren knapp acht Prozent mehr Geld bekommen. Demnach steigen in diesem Jahr die Gehälter rückwirkend zum 1. April um durchschnittlich vier Prozent und zum 1. Januar 2009 um 3,8 Prozent.

Für den Klinikverbund Südwest, der von den Landkreisen Böblingen und Calw getragen wird, bedeutet dies im Jahr 2008 rund 1,2 Millionen Personal-Mehrkosten für die Krankenhäuser in Herrenberg, Böblingen, Sindelfingen, Leonberg, Nagold

und Calw – davon entfallen 130 000 Euro auf die Ärzte am Herrenberger Krankenhaus. Im kommenden Jahr belaufen sich die zusätzlichen Kosten für die Arzt-Gehälter an den sechs Häusern auf 1,6 Millionen – allein in Herrenberg sind es 172 000 Euro. Nach Auskunft von Wolfgang Fischer, Pressesprecher des Klinikverbunds, summieren sich diese Mehrkosten zusammen mit dem kürzlichen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf insgesamt 10,9 Millionen Euro.

„An der Schmerzgrenze“

Ob es im Zusammenhang mit den Tarifsteigerungen zu Personalabbau kommt, dazu befand Fischer gestern: „Im Pflegebereich sind wir an der Schmerzgrenze.“ Nach dem Stellenabbau in den vergangenen zwei Jahren könne man auf kein weiteres Personal verzichten. Indes: „Im Arztbereich wissen wir noch nichts Genaues“, meinte Fischer. Zu Entlassungen werde es momentan nicht kommen, aber es werde weiter geprüft, ob beispielsweise durch Reorganisations-Maßnahmen Personal eingespart werden könne. Derzeit gibt es im Klinikverbund Südwest 404 Vollzeitstellen für Ärzte, davon befinden sich 41,6 Arzt-Stellen am Herrenberger Krankenhaus.



Fritz Hanßmann, Klaus Homann und Dieter Eisenhardt (von links) stellten das Carillon-Konzept vor GB-Foto: Bäuerle

Carillon in Herrenberger Stiftskirche: Konzert mit fahrbarem Glockenspiel bei Gemeindefest

Töne aus Amsterdam zur Eröffnung

Herrenberg – Bis zum Fest der evangelischen Kirchengemeinde im Juni müssen sich die Herrenberger noch gedulden: Dann wird erstmals gezeigt, wie das Carillon, das bis zum Herbst unter der Zwiebel der Stiftskirche aufgehängt werden soll, klingt.

VON JOCHEN STUMPF

Die Freude stand ihnen gestern bei einer Pressekonferenz ins Gesicht geschrieben: Herrenbergs Dekan Klaus Homann, sein Vorgänger und Gründer des Glockenmuseums Dieter Eisenhardt und Bauhüttenleiter Fritz Hanßmann feierten dem Carillon im Glockenturm der Stiftskirche entgegen. Im Herbst soll es so weit sein (der „Gäubote“ berichtete). „Erstmals wird es so ein Carillon im Stammland des Glockenspiels geben“, sagte Eisenhardt, der

als bundesweit insgesamt 38 verwies. Als Hochburg des Carillons gilt derweil Holland. Von dort kommt nicht nur die Technik, die in Herrenberg einziehen wird: Zur Eröffnung im Herbst hat sich der Erste Carilloneur von Amsterdam als Musiker angekündigt.

Ein Konzert pro Monat

Am Samstag, 14. Juni, feiert die evangelische Kirchengemeinde bereits ihr Fest, für das ein Konzert mit einem fahrbarem Glockenspiel angekündigt ist. Das läuft dann zwar nicht auf den 50 Glocken, die im Glockenturm der Stiftskirche aufgehängt werden, einen Eindruck von der musikalischen Nutzung soll das dennoch vermitteln. „Wir planen nach der Installation im Herbst jeden Monat ein Konzert“, kündigte Hanßmann an. „Uns kommt es vor allem auf die hohe Qualität an“, ergänzte Eisenhardt. „Wir peitschen nicht einen Zeitplan durch – es muss später alles stimmen.“ Deshalb sollte für diese Konzerte

nicht allein auf die 32 läutbaren Glocken zurückgegriffen werden, die bislang im Turm hängen. „Da bekommt man nie einen reinen Ton“, erklärte Eisenhardt. Auf Wunsch zuschaltbar für den einen oder anderen Ton sind die bisherigen Glocken aber.

Um die Finanzierung des Carillons machen sich Homann, Eisenhardt und Hanßmann keine Sorgen mehr: Von veranschlagten 153 900 Euro sind momentan lediglich 3 408 Euro ungedeckt. Der ehemalige Dekan Dieter Eisenhardt nannte es ein „kleines Wunder“, dass die Anton-Ehrmann-Stiftung 40 000 Euro zu dem Projekt beiträgt. Dazu haben auch die Bauhütte und die Kirchengemeinde – ohne Kirchensteuer, wie Leiter Fritz Hanßmann betonte – 40 000 Euro beigesteuert, von der Stadt Herrenberg kommen weitere rund 40 000 Euro. Spenden und 32 Glockenpaten – Firmen wie Einzelpersonen – sorgen für den Rest. Die fehlenden 3 408 Euro sollen nun weitere Patenschaften und Spenden decken.

Gute Beratung
ist ein Geben und Nehmen.
Wir nehmen uns Zeit.



Baden-Württembergische Bank

In einer erfolgreichen Partnerschaft ist es wichtig, zuhören zu können. Als führende Regionalbank kennen wir Land und Leute und sind im wahrsten Sinne des Wortes nah dran. Durch die Leistungsverflechtung mit der international agierenden LBBW können Sie auch von unserer gebündelten Kompetenz profitieren. Wir bieten fundiertes Research sowie ausgezeichnete Beratung und erreichen mit innovativen Lösungen ein Höchstmaß an nachgewiesener Kundenzufriedenheit. Lernen Sie uns kennen: bei einem persönlichen Gespräch ganz in Ihrer Nähe oder im Internet unter www.bw-bank.de. Baden-Württembergische Bank. Nah dran.

BW | Bank